78.950/17

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Raumordnung zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETALEN TEILS DES GESETZBUCHES ÜBER DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG

INHALTSANGABE

Der vorliegende Dekretentwurf nimmt Abänderungen an dem dekretalen Teil des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung im Hinblick auf die Einführung von Maßnahmen zur Ausführung der Verordnung (EU) 2024/1309 (Gigabit-Infrastrukturverordnung) vor.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	6
Vorentwurf	8

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Europäische Union hat die Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung) verabschiedet.

Gemäß Artikel 1 der Verordnung soll sie den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität (hiernach: VHC-Netze) erleichtern und anregen, indem die gemeinsame Nutzung bestehender physischer Infrastrukturen gefördert und ein effizienterer Aufbau neuer physischer Infrastrukturen ermöglicht wird, damit solche Netze schneller und zu geringeren Kosten aufgebaut werden können. Mit dieser Verordnung werden Mindestanforderungen für die Verwirklichung dieser Ziele festgelegt. Die EU-Mitgliedstaaten können Maßnahmen im Einklang mit dem Unionsrecht beibehalten oder einführen, die strenger oder ausführlicher als diese Mindestanforderungen sind, soweit die Maßnahmen dazu dienen, die gemeinsame Nutzung bestehender physischer Infrastrukturen zu fördern oder einen effizienteren Aufbau neuer physischer Infrastrukturen zu ermöglichen.

Die Verabschiedung der Verordnung hat auch Auswirkungen auf den Bereich Raumordnung und Städtebau. Insbesondere die Artikel 7 bis 9 der Verordnung haben Auswirkungen auf das in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbare Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE).

Artikel 7 der Verordnung

Artikel 7 der Verordnung bestimmt Verfahrensmodalitäten und -fristen für die Erteilung von Genehmigungen und Wegerechten. Im Sinne von Artikel 2 Nr. 10 der Verordnung ist eine Genehmigung eine „ausdrückliche oder stillschweigende Entscheidung oder eine Reihe gleichzeitig oder nacheinander ergehender Entscheidungen einer oder mehrerer zuständiger Behörden, die gemäß nationalem Recht erforderlich ist, damit ein Unternehmen Bauarbeiten durchführen kann, die für den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen erforderlich sind“. Dazu gehören Städtebaugenehmigungen. Artikel 2 Nr. 11 definiert die Wegerechte als „Rechte im Sinne des Artikels 43 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972, die einem Betreiber für die Installation von Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichem oder privatem Grundbesitz im Hinblick auf den Aufbau von VHC-Netzen und zugehörigen Einrichtungen erteilt werden“. Diese sind nicht durch das GRE geregelt. (Siehe hierzu jedoch Artikel 69 und 70 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen.)

Artikel 7 der Verordnung fordert die Einhaltung verschiedener Fristen und Modalitäten für die Erteilung von Genehmigungen, die eine Anpassung des Verfahrens der Städtebaugenehmigungen im GRE erfordern. Die geforderten Fristen sind sehr kurz. Die zuständigen Behörden müssen die Anträge innerhalb folgender Fristen bearbeiten:

- 15 Arbeitstage nach Erhalt für Anträge auf Erteilung einer Genehmigung, um einen unvollständigen Antrag abzulehnen, für den die Mindestinformationen nicht über den einheitlichen Informationspunkt bereitgestellt wurden;
- 20 Arbeitstage nach Erhalt des Antrags, um die Vollständigkeit eines Antrags auf Erteilung einer Genehmigung festzustellen oder den Antragsteller aufzufordern, alle fehlenden Informationen innerhalb dieser Frist nachzureichen;
- 4 Monate ab dem Datum des Eingangs eines vollständigen Genehmigungsantrags, um eine Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern.

Das heutige GRE verfügt schon über ein Dringlichkeitsverfahren. Dieses wurde ursprünglich für den Wiederaufbau nach Naturkatastrophen entwickelt. Da das Dringlichkeitsverfahren zum größten Teil den Vorschriften der Verordnung für das Verfahren zur Erteilung von Genehmigungen entspricht, reichen leichte Anpassungen dieses Dringlichkeitsverfahrens aus, um die Anwendung auf Städtebaugenehmigungen im Sinne der Verordnung zu ermöglichen. Die Anpassungen im Dringlichkeitsverfahren vorzunehmen ist darüber hinaus kohärent zu der simplen Tatsache, dass die Projekte in Folge der Gigabit-Infrastrukturverordnung ein dringendes Anliegen der Europäischen Union sind und eine Sonderregelung erforderlich machen. Somit rechtfertigt sich die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Dringlichkeitsverfahrens auf den Kontext der VHC-Netzausweitung.

Das derzeitige Dringlichkeitsverfahren des GRE sieht folgende Fristen vor, die es erlauben, die Fristen der Verordnung einzuhalten:
- 15 Tage ab Eingang des Antrags für formelle Vollständigkeit oder für das Versenden eines Verzeichnisses der fehlenden Unterlagen;
- 45 Tage für den Beschluss der Regierung ab formeller Vollständigkeit oder Auslauf der 15 Tage;
- Einmalige mögliche Verlängerung um 30 Tage mittels Begründung.

Artikel 8 der Verordnung

Artikel 8 der Verordnung bestimmt die Konsequenzen, die beim Ausbleiben einer Entscheidung über den Genehmigungsantrag anzuwenden sind. Diese Bestimmung erfordert eine Anpassung des GRE.

Artikel 9 der Verordnung

Schließlich bestimmt Artikel 9 der Verordnung die Fälle, in denen Ausnahmen vom Genehmigungsverfahren für Handlungen und Arbeiten im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung gelten. Da insbesondere durch die in Artikel R.IV.1-1 des GRE festgelegte „Nomenklatur" bereits zahlreiche Handlungen und Arbeiten von einer Genehmigungspflicht befreit sind, sind hier keine Änderungen notwendig.

So sind zum Beispiel folgende Arbeiten heute schon nicht genehmigungspflichtig:
- Reparatur- und Wartungsarbeiten, wenn sie nicht bis in das Tragwerk reichen oder eine Änderung ihres Bauvolumens oder ihres architektonischen Aussehens nach sich ziehen: verschiedene Rubriken der Nomenklatur;
- Änderungen der Gebäudehülle unter verschiedenen Bedingungen: Nomenklatur A1
- Verlegung, Verlagerung, Umbau, Ausbau oder Rückbau der Leitungsnetze für Flüssigkeiten (mit einem Druck bis zu 20 bar für Gas), Energie (mit einer Spannung bis zu 70 kV für Elektrizität) und Telekommunikation, die im öffentlichen Eigentum eingebaut oder verankert sind, sich auf diese stützen oder darüber hinweg führen, einschließlich der privaten Anschlüsse, Zubehörelemente und neben Ausrüstungen wie Andruck Stationen und Schaltschränke, Masten und Forsten mit einer maximalen Höhe von 14m: Nomenklatur W3
- Verlegung, Verlagerung, Umrüstung von Privatanschlüssen, einschließlich der Schaltschränke, an die unterirdischen Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetze, sowie Einrichtung, Verlagerung, Umbau von eingegrabenen Wasser- oder Brennstofftanks, Dränrohren, Abläufen, Wasserrinnen, Schächten, Kanaldeckeln und Faulgruben und von jeglichem individuellen Klärsystem für Haushaltsabwasser, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) die für diese Anlagen eventuell notwendigen Ausschachtungen führen zu keiner bedeutenden Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 auf dem restlichen Gut; b) diese Vorrichtungen stehen in Zusammenhang mit der zur Ausstattung des Guts erforderlichen Infrastruktur und befinden sich ausschließlich auf diesem: Nomenklatur X1

- Einbau oder Verstärkung von unterirdischen Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetzen an einem bereits eingerichteten technischen Standort, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) die geplanten Arbeiten sind spezifisch geeignet für die Funktion des Standorts; b) die bestehenden Anlagen, Gebäude, Bauten und Beläge sind legal; c) die Arbeiten beziehen sich nicht auf den Bau eines Gebäudes; d) die Grundfläche verringert nicht die bestehenden Abstandsbereiche oder Abschirmvorrichtungen: Nomenklatur X4
- Zahlreiche Handlungen und Arbeiten bezüglich Telekommunikation, Kabelfernsehen Glasfaser, Gas und Elektrizität: verschiedene Rubriken der Nomenklatur Y

Bezüglich der Bestimmungen, die für das GRE ausschlaggebend sind, ist die Verordnung ab dem 12. November 2025 gültig.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel umfasst eine Europaklausel mit Hinweis auf die Gigabit-Infrastrukturverordnung.

Artikel 2

Dieser Artikel erweitert den Anwendungsbereich des Dringlichkeitsverfahrens auf die Handlungen und Arbeiten für den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen, die von der Gigabit-Infrastrukturverordnung betroffen sind, mit Ausnahme der Artikel D.IV.109.5 §1 und D.IV.109.6. Letztere betreffen Besonderheiten des Dringlichkeitsverfahrens infolge von Naturkatastrophen, die für die Handlungen und Arbeiten im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung nicht zutreffen.

Hierbei handelt es sich um eine Ausführung von Artikel 7 (4) und (5) der Gigabit-Infrastrukturverordnung.

Artikel 3

Dieser Artikel bestimmt, dass die im Dringlichkeitsverfahren für Handlungen und Arbeiten im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung erteilten Städtebaugenehmigungen auch gegebenenfalls von den raumordnerischen Instrumenten abweichen können. Die Formulierung des Artikels weitet die bisherige Bestimmung für das Dringlichkeitsverfahren nach Naturkatastrophen entsprechend aus.

Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt, dass die im Dringlichkeitsverfahren für Handlungen und Arbeiten im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung erteilten Städtebaugenehmigungen auch gegebenenfalls in Ausnahme vom Sektorenplan erteilt werden können. Auch diese Formulierung weitet die bisherige Bestimmung für das Dringlichkeitsverfahren nach Naturkatastrophen entsprechend aus.

Artikel 5

Dieser Artikel errichtet die Möglichkeit, den Genehmigungsantrag für den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Gigabit-

Infrastrukturverordnung in elektronischer Form einzureichen. Die genaue elektronische Form bleibt zu bestimmen.

Hierbei handelt es sich um eine Ausführung von Artikel 7 (2) und (3) der Gigabit-Infrastrukturverordnung.

Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, dass die Genehmigungsanträge bezüglich von Handlungen und Arbeiten im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung als genehmigt gelten, wenn der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der bestimmten Frist übermittelt wird. Auf Anfrage stellt die Regierung dem Antragsteller eine schriftliche Bestätigung darüber aus, dass die Genehmigung stillschweigend erteilt wurde.

Hierbei handelt es sich um eine Ausführung von Artikel 8 (1) der Gigabit-Infrastrukturverordnung.

Artikel 7

Dieser Artikel bestimmt, dass die auf Basis dieses Verfahrens erteilte Genehmigung auf Anfrage und ohne zusätzliche Verfahrensanforderungen erneuert werden kann, wenn die Handlungen und Arbeiten aus objektiv gerechtfertigten Gründen nicht vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der Genehmigung begonnen oder abgeschlossen werden konnten. Es wird allerdings bestimmt, dass die Anfrage des Betreibers spätestens 45 Tage vor Ablauf der ursprünglichen Gültigkeitsfrist eingereicht wird. Die 45 Tage Frist ist auch die für andere Genehmigungen geltende Frist.

Hierbei handelt es sich um eine Ausführung von Artikel 7 (7) der Gigabit-Infrastrukturverordnung.

Artikel 8

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs fest.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

Artikel 1 **–** Dieses Dekret dient der teilweisen Ausführung der Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung), soweit sie in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fällt.

Art. 2 **–** In Artikel D.IV.109.1 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird folgender §1.1 eingefügt:

„§1.1 - Handlungen und Arbeiten für den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung), nachstehend „Gigabit-Infrastrukturverordnung" genannt, können Gegenstand eines Dringlichkeitsverfahrens zur Erteilung einer Städtebaugenehmigung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Titels sein, mit Ausnahme der Artikel D.IV.109.5 §1 und D.IV.109.6.

Für die Anwendung des vorliegenden Titels versteht man unter:

1. VHC-Netze: die in Artikel 4 Nummer 38.1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen erwähnten Netze mit sehr hoher Kapazität;

2. zugehörige Einrichtungen: die in Artikel 4 Nummer 69 desselben Dekrets erwähnten zugehörigen Einrichtungen."

Art. 3 **–** Artikel D.IV.109.2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt ersetzt:

„*Art. D.IV.109.2* - Die im Dringlichkeitsverfahren ausgestellte Städtebaugenehmigung kann vom Raumentwicklungsschema, falls dieses Anwendung findet, von einem plurikommunalen Entwicklungsschema, einem kommunalen Entwicklungsschema, einem lokalen Orientierungsschema, einer Flächennutzungskarte, von dem als unverbindliche Leitlinie geltenden Inhalt eines Leitfadens oder von einer Erschließungsgenehmigung abweichen, wenn:

1. im Falle einer anerkannten Naturkatastrophe oder eines Brands das Gebäude oder das Bauwerk zum Zeitpunkt der vollständigen oder teilweisen Zerstörung legal bestand;

2. es sich um den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung handelt."

Art. 4 **–** Artikel D.IV.109.3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt ersetzt:

„*Art. D.IV.109.3* - Die im Dringlichkeitsverfahren ausgestellte Städtebaugenehmigung kann als Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen eines regionalen Leitfadens für den Städtebau erteilt werden, wenn:

1. im Falle einer anerkannten Naturkatastrophe oder eines Brands das Gebäude oder das Bauwerk zum Zeitpunkt der vollständigen oder teilweisen Zerstörung legal bestand;

2. es sich um den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung handelt."

Art. 5 – Artikel D.IV.109.5 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Der derzeitige Wortlaut wird zu §1.
2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Der Genehmigungsantrag kann elektronisch eingereicht werden, wenn es sich um den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung handelt. Die Regierung legt die entsprechenden Modalitäten fest."

Art. 6 – Artikel D.IV.109.12 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Der derzeitige Wortlaut wird zu §1.
2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - In Abweichung von §1 gilt für Genehmigungsanträge bezüglich Handlungen und Arbeiten für den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung die Genehmigung als erteilt, wenn der Beschluss der Regierung dem Antragsteller nicht innerhalb der in Artikel D.IV.109.11 erwähnten Frist übermittelt wird.

Auf Anfrage stellt die Regierung dem Antragsteller eine schriftliche Bestätigung darüber aus, dass die Genehmigung stillschweigend erteilt wurde."

Art. 7 – In Buch IV Titel VII.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird folgender Artikel D.IV.109.12.1 eingefügt:

„*Art. D.IV.109.12.1* - Die Regierung kann die erteilte Städtebaugenehmigung für Handlungen und Arbeiten, die für den Aufbau von Komponenten von VHC-Netzen oder zugehörigen Einrichtungen im Sinne der Gigabit-Infrastrukturverordnung erforderlich ist, erneuern, wenn die Handlungen und Arbeiten aus objektiv gerechtfertigten Gründen nicht vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der Genehmigung begonnen oder abgeschlossen werden konnten.

Die Erneuerung der Genehmigung wird auf einfache Anfrage des Betreibers, die spätestens fünfundvierzig Tage vor Ablauf der ursprünglichen Gültigkeitsfrist eingereicht wird, erteilt."

Art. 8 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. März 2026 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2026.02.23 08:56:01
+01'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret modifiant la partie décrétale du Code du Développement territorial

CONTENU

Le présent projet de décret apporte des modifications à la partie décrétale du Code du Développement territorial en vue d'introduire des mesures visant à exécuter le règlement (UE) 2024/1309 (règlement sur les infrastructures gigabit).

TABLE DES MATIÈRES

Page

Exposé des motifs 4

Explications générales 4

Commentaire des articles..... 6

Avant-projet..... 8

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

L'Union européenne a adopté le règlement (UE) 2024/1309 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2024 relatif à des mesures visant à réduire le coût du déploiement de réseaux gigabit de communications électroniques, modifiant le règlement (UE) 2015/2120 et abrogeant la directive 2014/61/UE (règlement sur les infrastructures gigabit).

Conformément à son article 1er, ce règlement « vise à faciliter et à stimuler le déploiement des réseaux à très haute capacité en promouvant l'utilisation conjointe d'infrastructures physiques existantes et en permettant un déploiement plus efficace de nouvelles infrastructures physiques afin de permettre une mise en place plus rapide et moins coûteuse de ces réseaux. » Ledit règlement fixe des exigences minimales pour atteindre les objectifs précités. Les États membres de l'Union européenne « peuvent maintenir ou introduire des mesures conformes au droit de l'Union qui sont plus strictes ou plus détaillées que ces exigences minimales, lorsque ces mesures servent à promouvoir l'utilisation conjointe d'infrastructures physiques existantes ou à permettre un déploiement plus efficace de nouvelles infrastructures physiques. »

L'adoption de ce règlement a aussi des conséquences dans les domaines de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme. En particulier, les articles 7 à 9 du règlement ont des répercussions sur le Code du Développement territorial (ci-après dénommé le « CoDt ») applicable en Communauté germanophone.

Article 7 du règlement

L'article 7 du règlement fixe les modalités et délais de la procédure d'octroi des autorisations et des droits de passage. Au sens de l'article 2, 10), du règlement, une autorisation est « une décision explicite ou implicite ou un ensemble de décisions prises simultanément ou successivement par une ou plusieurs autorités compétentes et requises par le droit national pour une entreprise afin d'effectuer les travaux de construction ou de génie civil nécessaires au déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité. » Les permis d'urbanisme relèvent de cette définition. L'article 2, 12), définit les droits de passage comme « les droits visés à l'article 43, paragraphe 1, de la directive (UE) 2018/1972, octroyés à un opérateur pour mettre en place des ressources sur, au-dessus ou au-dessous de propriétés publiques ou privées afin de déployer des réseaux à très haute capacité et des ressources associées. » Ceux-ci ne sont pas régis par le CoDt. (Voir toutefois à ce sujet les articles 69 et 70 du décret du 1er mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques.)

L'article 7 du règlement exige le respect de différents délais et modalités concernant l'octroi d'autorisations, ce qui nécessite une adaptation de la procédure relative aux permis d'urbanisme décrite dans le CoDt. Les délais exigés sont très courts. Les autorités compétentes doivent traiter les demandes dans les délais suivants :

- quinze jours ouvrables suivant la réception des demandes d'autorisation pour rejeter une demande incomplète pour laquelle les informations minimales n'ont pas été mises à disposition par l'intermédiaire du point d'information unique;
- vingt jours ouvrables suivant la réception de la demande pour déterminer si la demande d'autorisation est complète ou pour inviter le demandeur à fournir toute information manquante pendant cette période;
- quatre mois à compter de la date de réception de la demande d'autorisation complète pour octroyer ou refuser une autorisation.

Le CoDt actuel dispose déjà d'une procédure d'urgence. Celle-ci a été initialement élaborée aux fins de la reconstruction à la suite de calamités naturelles. Étant donné que la procédure d'urgence

correspond en grande partie aux dispositions du règlement relatives à la procédure d'octroi des autorisations, une légère adaptation de cette procédure d'urgence suffit pour permettre une application aux permis d'urbanisme au sens dudit règlement. Le fait de procéder à des adaptations dans le cadre de la procédure d'urgence est en outre cohérent avec le fait que les projets découlant du règlement sur les infrastructures gigabit constituent une préoccupation majeure de l'Union européenne et nécessitent une réglementation spéciale. L'élargissement du champ d'application de la procédure d'urgence au contexte de l'extension des réseaux à très haute capacité est de ce fait justifié.

La procédure d'urgence actuelle du CoDt prévoit les délais énoncés ci-après qui permettent de respecter les délais prévus par le règlement :

- quinze jours à compter de la réception de la demande pour établir la complétude formelle ou envoyer un relevé des pièces manquantes;
- quarante-cinq jours pour la décision du Gouvernement à compter de la complétude formelle établie ou de l'expiration des quinze jours;
- une seule prolongation possible de trente jours moyennant motivation.

Article 8 du règlement

L'article 8 du règlement détermine les conséquences à appliquer en cas d'absence de décision concernant la demande d'autorisation. Cette disposition nécessite une adaptation du CoDt.

Article 9 du règlement

Enfin, l'article 9 du règlement détermine les cas dans lesquels des dérogations à la procédure d'octroi des autorisations s'appliquent pour les actes et travaux visés par le règlement sur les infrastructures gigabit. Étant donné que, notamment par le biais de la « nomenclature » définie à l'article R.IV.1-1 du CoDt, de nombreux actes et travaux sont déjà dispensés de l'obligation d'autorisation, aucune modification n'est nécessaire ici.

À titre d'exemple, les travaux énumérés ci-après ne sont déjà pas soumis à l'obligation d'autorisation à l'heure actuelle :

- les travaux de réparation et d'entretien, lorsqu'ils ne portent pas atteinte à la structure portante ou n'ont pas pour effet la modification du volume construit ou de l'aspect architectural : diverses rubriques de la nomenclature;
- modifications de l'enveloppe d'un bâtiment dans certaines conditions : nomenclature A1;
- l'installation, le déplacement, la transformation, l'extension ou l'enlèvement des réseaux de fluides, d'une pression inférieure ou égale à 20 bars pour le gaz, d'énergie, d'une tension inférieure ou égale à 70 kV pour l'électricité, et de télécommunication insérés, ancrés, prenant appui ou surplombant le domaine public en ce compris les raccordements privés, les éléments accessoires et équipements connexes tels que bornes, armoires techniques, pylônes et poteaux d'une hauteur maximale de 14,00 mètres : nomenclature W3;
- l'installation, le déplacement, la transformation de raccordements privés, en ce compris les armoires techniques, aux réseaux enterrés de fluide, d'énergie, de télécommunication ainsi que l'installation, le déplacement, la transformation de citernes à eau ou combustibles enfouies, drains, avaloirs, filets d'eau, regards, taques et fosses septiques et tout autre système d'épuration individuelle des eaux usées domestiques pour autant que, cumulativement : a) les déblais éventuels nécessaires à ces installations n'entraînent aucune modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3 sur le reste du bien; b) ces dispositifs soient reliés à l'infrastructure nécessaire à l'aménagement du bien et situés exclusivement sur celui-ci : nomenclature X1;
- l'insertion ou le renforcement de réseaux enterrés de fluide, d'énergie, de télécommunication dans un site technique déjà aménagé pour autant que, cumulativement : a) les travaux projetés soient propres à la fonction du site; b) les installations, bâtiments, constructions et revêtement existants aient été légalement autorisés; c) les travaux ne visent pas la construction d'un bâtiment; d) l'emprise au sol ne réduise pas les périmètres ou les dispositifs d'isolement existants : nomenclature X4;

- de nombreux actes et travaux concernant la télécommunication, la télédistribution, la fibre optique, le gaz et l'électricité: différentes rubriques de la nomenclature Y.

En ce qui concerne les dispositions qui sont déterminantes pour le CoDt, le règlement est applicable à partir du 12 novembre 2025.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1er

Cet article comprend une clause européenne qui renvoie au règlement sur les infrastructures gigabit.

Article 2

Cet article étend le champ d'application de la procédure d'urgence aux actes et travaux nécessaires au déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées qui sont concernés par le règlement sur les infrastructures gigabit, à l'exception des articles D.IV.109.5, § 1er, et D.IV.109.6. Ces derniers concernent les particularités de la procédure d'urgence à la suite de calamités naturelles qui ne s'appliquent pas aux actes et travaux visés par le règlement sur les infrastructures gigabit.

Il s'agit d'une exécution de l'article 7, paragraphes 4 et 5, du règlement sur les infrastructures gigabit.

Article 3

Cet article dispose que les permis d'urbanisme délivrés dans le cadre de la procédure d'urgence pour les actes et travaux visés par le règlement sur les infrastructures gigabit peuvent également, le cas échéant, s'écarter des instruments d'aménagement du territoire. L'article ainsi formulé étend en conséquence la disposition actuelle concernant la procédure d'urgence à la suite de calamités naturelles.

Article 4

Cet article établit que les permis d'urbanisme délivrés dans le cadre de la procédure d'urgence pour les actes et travaux visés par le règlement sur les infrastructures gigabit peuvent également, le cas échéant, être octroyés en dérogation au plan de secteur. La formulation utilisée étend en conséquence la disposition actuelle concernant la procédure d'urgence à la suite de calamités naturelles.

Article 5

Cet article établit la possibilité d'introduire sous forme électronique la demande de permis pour le déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement sur les infrastructures gigabit. La forme électronique exacte reste à définir.

Il s'agit d'une exécution de l'article 7, paragraphes 2 et 3, du règlement sur les infrastructures gigabit.

Article 6

Cet article dispose que les demandes de permis concernant les actes et travaux visés par le règlement sur les infrastructures gigabit sont réputées approuvées si la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai imparti. Sur demande, le Gouvernement délivre au demandeur une confirmation écrite indiquant que le permis a été octroyé tacitement.

Il s'agit d'une exécution de l'article 8, paragraphe 1, du règlement sur les infrastructures gigabit.

Article 7

Cet article dispose que le permis octroyé sur la base de cette procédure peut être renouvelé sur demande et sans exigences procédurales supplémentaires si les actes et travaux n'ont pas pu être entamés ou achevés avant l'expiration de la durée de validité du permis pour des raisons objectivement justifiées. Il est toutefois précisé que la demande de l'opérateur doit être introduite au plus tard quarante-cinq jours avant l'expiration du délai de validité initial. Le délai de quarante-cinq jours est également celui qui s'applique pour les autres permis.

Il s'agit d'une exécution de l'article 7, paragraphe 7, du règlement sur les infrastructures gigabit.

Article 8

Cet article fixe l'entrée en vigueur du présent projet de décret.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
de l'Aménagement du territoire et des Finances
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant la partie décrétale du Code du Développement territorial

Article 1er – Le présent décret exécute partiellement le règlement (UE) 2024/1309 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2024 relatif à des mesures visant à réduire le coût du déploiement de réseaux gigabit de communications électroniques, modifiant le règlement (UE) 2015/2120 et abrogeant la directive 2014/61/UE (règlement sur les infrastructures gigabit), dans la mesure où il ressortit à la compétence de la Communauté germanophone.

Art. 2 – Dans l'article D.IV.109.1 du Code du Développement territorial, inséré par le décret du 21 novembre 2022, il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1 – Les actes et travaux nécessaires au déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement (UE) 2024/1309 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2024 relatif à des mesures visant à réduire le coût du déploiement de réseaux gigabit de communications électroniques, modifiant le règlement (UE) 2015/2120 et abrogeant la directive 2014/61/UE (règlement sur les infrastructures gigabit), ci-après dénommé le « règlement sur les infrastructures gigabit », peuvent faire l'objet d'une procédure d'urgence en vue de l'octroi d'un permis d'urbanisme conformément aux dispositions du présent titre, à l'exception des articles D.IV.109.5, § 1er, et D.IV.109.6.

Pour l'application du présent titre, il faut entendre par :

1° réseaux à très haute capacité : les réseaux à très haute capacité mentionnés à l'article 4, 38.1°, du décret du 1er mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques;

2° ressources associées : les ressources associées mentionnées à l'article 4, 69°, du même décret. »

Art. 3 – L'article D.IV.109.2 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.IV.109.2* – Le permis d'urbanisme délivré dans le cadre de la procédure d'urgence peut s'écarter d'un schéma de développement du territoire, s'il est applicable, d'un plan de développement pluricommunal, d'un plan de développement communal, d'un plan d'orientation local, d'une carte d'affectation des sols, du contenu à valeur indicative d'un guide ou d'un permis d'urbaniser lorsque :

1° en cas de calamité naturelle reconnue ou d'incendie, le bâtiment ou la construction avait une existence légale au moment de la destruction complète ou partielle;

2° il s'agit du déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement sur les infrastructures gigabit. »

Art. 4 – L'article D.IV.109.3 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. D.IV.109.3* – Le permis d'urbanisme délivré dans le cadre de la procédure d'urgence peut être octroyé en dérogation au plan de secteur ou aux normes d'un guide régional d'urbanisme lorsque :

1° en cas de calamité naturelle reconnue ou d'incendie, le bâtiment ou la construction avait une existence légale au moment de la destruction complète ou partielle;

2° il s'agit du déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement sur les infrastructures gigabit. »

Art. 5 – À l'article D.IV.109.5 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le libellé actuel devient le § 1er;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – La demande de permis peut être introduite par voie électronique s'il s'agit du déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement sur les infrastructures gigabit. Le Gouvernement fixe les modalités correspondantes. »

Art. 6 – À l'article D.IV.109.12 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le libellé actuel devient le § 1er;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Par dérogation au § 1er, le permis est réputé octroyé pour les demandes de permis concernant les actes et travaux nécessaires au déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement sur les infrastructures gigabit, lorsque la décision du Gouvernement n'est pas transmise au demandeur dans le délai mentionné à l'article D.IV.109.11.

Sur demande, le Gouvernement délivre au demandeur une confirmation écrite indiquant que le permis a été octroyé tacitement. »

Art. 7 – Dans le Livre IV, titre VII.1, du même Code, le chapitre III, inséré par le décret du 21 novembre 2022, est complété par un article D.IV.109.12.1 rédigé comme suit :

« *Art. D.IV.109.12.1* – Le Gouvernement peut renouveler le permis d'urbanisme octroyé pour les actes et travaux requis aux fins du déploiement d'éléments de réseaux à très haute capacité ou de ressources associées au sens du règlement sur les infrastructures gigabit, lorsque, pour des raisons objectivement justifiées, les actes et travaux n'ont pas pu être entamés ou achevés avant l'expiration de la durée de validité du permis.

Le renouvellement du permis est accordé sur simple demande de l'opérateur, laquelle est introduite au plus tard quarante-cinq jours avant l'expiration du délai de validité initial. »

Art. 8 – Le présent décret entre en vigueur le 1er mars 2026.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
de l'Aménagement du territoire et des Finances
O. PAASCH